



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24831-33  
Fernschreiber 0886890

P/XII/153 - 9. Juli 1957

Hinweise  
auf den Inhalt:

|  |      |
|--|------|
| Gegen den "mörderischen Bruderkampf"                 | S. 1 |
| Israel und seine arabischen Nachbarn                 | S. 3 |
| Herrn von Brentano ins Stammbuch                     | S. 6 |
| Die selbständig Schaffenden und die Bundestagswahlen | S. 7 |
| Umworbene Studenten                                  | S. 9 |

## Das reinigende Gewitter

sp. Wenn Bundeskanzler Dr. Adenauer am kommenden Donnerstag an dem Empfang des Bundesrates für die Bundesregierung teilnimmt, wird er die Stühle von fünf deutschen Länderchefs leer finden. Die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten von Bayern, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bremen und Berlin haben beschlossen, diesen Empfang fernzubleiben. Sie fassten diesen schwerwiegenden Entschluss, weil Dr. Adenauer behauptet hatte, ein Wahlsieg der SPD würde den Untergang Deutschlands bedeuten. "Mit jemandem an einem Tisch zu sitzen, der die Leistungen der Sozialdemokraten in dieser ungeheuerlichen Weise schnäht und dazu beiträgt, dass der Wahlkampf zu einem mörderischen Bruderkampf innerhalb des deutschen Volkes ausartet", wird von den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten als unter ihrer Würde stehend betrachtet.

Die deutsche Öffentlichkeit hat bei Bekanntwerden dieses Entschlusses aufgehört, wurde er doch von Männern gefasst, deren Namen im Buch der Geschichte Nachkriegsdeutschlands für immer eingezeichnet bleiben werden. Das gilt für den bedächtigen Bremer Senatspräsidenten Kaise, den Schöpfer des neuen Bremen, das gilt für den hessischen Ministerpräsidenten, Dr. Georg August Zinn, einen der Väter des Grundgesetzes, für den um sein Land hochverdienten bayrischen Ministerpräsidenten Wilhelm Eögner, den klugen nordrhein-westfälischen Minister-

9. Juli 1957

präsidenten, den Bergarbeitersohn Fritz Steinhoff und das gilt auch für den Regierenden Bürgermeister von Berlin, der als würdiger Nachfolger der Sozialdemokraten Louise Schroeder und Ernst Reuter die Geschichte der früheren Reichshauptstadt lenkt.

Diese Männer sind in Deutschland und in der ganzen Welt als unantastbare Charaktere und integere Demokraten bekannt. Sie werden überall als Repräsentanten des neuen Deutschland anerkannt. Sie alle sind seit vielen Jahren Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, von ihr erhielten sie die schöpferischen Impulse für ihre anerkannten Leistungen und das Mandat zur politischen Vertretung von Millionen deutschen Frauen und Männern. Neben ihnen wirken ungezählte sozialdemokratische Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte, Stadträte, Gemeindevertreter und mehrere hundert Landtags- und Bundestagsabgeordnete zum Wohle des deutschen Volkes.

Sie alle hat Adenauer als Verderber Deutschlands verleumdete und damit tatsächlich die schauerliche Einleitung zu einem Wahlkampf gegeben, von dem die Ministerpräsidenten sagen, er sei ein mörderischer Bruderkampf.

Die fünf sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, die sich weigern, mit dem Bundeskanzler am kommenden Donnerstag an einem Tisch zu sitzen, können der Zustimmung aller rechtlich denkenden Menschen in der Bundesrepublik gewiss sein. Ihr Entschluss entspricht einem Gebot der Sauberkeit; er ist aber gleichzeitig der Ausdruck eines Protestes und einer Ablehnung gegen jene politischen Kräfte, die nach acht Jahren Regierungstätigkeit das Mass des Zumutbaren überschritten haben. An der Spitze dieser Kräfte steht - wie seine Reden in Kiel und Nürnberg gezeigt haben - der 51-jährige Bundeskanzler und Parteivorsitzende der CDU, Dr. Konrad Adenauer. Ihm blieb es vorbehalten, der durch die Nachkriegsentwicklung bedingten äusseren Spaltung unseres Vaterlandes auch noch die innere Spaltung unseres Volkes im freien Teil Deutschlands hinzuzufügen.

Es ist zu hoffen, dass der Entschluss der sozialdemokratischen Ministerpräsidenten wie ein reinigendes Gewitter wirkt und jenen Kräften einen mächtigen Auftrieb gibt, die wollen, dass unserem Volk ein besseres Schicksal widerfährt, als es von einer mörderischen Bruderkampf zu erwarten ist.

Vor dem Wiener Kongress der Sozialistischen Internationale hat Frau Golda Meir, die Aussenministerin Israels, ein Referat über die Lage in Mittleren Osten gehalten, das alle Teilnehmer faszinierte. Sie standen im Bann einer starken Persönlichkeit, die mit hohem Ernst und sittlicher Leidenschaft von den Mäten ihres Volkes sprach:

Mittlerer Osten - ohne Haß

Der Nahe Osten ist reich an Land, Wasser und natürlichen Hilfsmitteln, er hat ein gutes Klima, aber die Bevölkerung ist nicht gleichmässig verteilt. Die Not und die Zurückgebliebenheit in dieser Gegend ist nicht eine natürliche Notwendigkeit, dort könnte alles anders sein, und das ist unsere Hoffnung.

Das Gebiet des Nahen Ostens umfasst sieben arabische Staaten und Israel mit einer Bevölkerung von 47,6 Millionen Menschen und einer Fläche von 5,3 Millionen Quadratkilometern. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte beträgt neun Einwohner auf dem Quadratkilometer, sie schwankt aber in den einzelnen Ländern sehr stark. Israel hatte 1956 1,8 Millionen Einwohner auf 20.600 Quadratkilometern, was eine Bevölkerungsdichte von 85 auf den Quadratkilometer ergibt. Die Fläche Israels ist 1/215 der Gesamtfläche dieser acht Staaten, immer ohne dem Sudan.

Alle diese Länder haben ihre Unabhängigkeit zwischen dem ersten und zweiten Weltkrieg erreicht. Das ist einer der Gründe für die Schwierigkeiten in diesen Ländern, dass ihre wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklung der nationalen Unabhängigkeit nicht gefolgt ist. Die arabischen nationalen Führer haben den grossen Fehler gemacht, ihre Völker in den Glauben zu wiegen, dass die Befreiung von der Fremdherrschaft an sich ein Allheilmittel gegen sämtliche Krankheiten ist und dass mit dem Abzug der Kolonialmächte automatisch alle sozialen und wirtschaftlichen Probleme gelöst sind. Dabei beginnen die Schwierigkeiten dann, wenn die Kolonialmacht abgezogen ist. Denn dann muss jedes Volk seine Probleme selbst lösen und man kann nicht mehr jemand anderen für die Fehler verantwortlich machen. Die arabischen Führer haben es versäumt, ihre Völker für den Moment der Befreiung vorzubereiten. Diese Völker, wirtschaftlich und kulturell sehr zurückgeblieben, kennen noch nicht die wahre Demokratie. Sie haben keine Möglichkeit, ihren Wünschen und Forderungen Ausdruck zu verleihen. Sie leiden unter Analphabetismus, Not und Krankheiten und nur eine dünne Schicht erhebt sich über

die breite Masse. Die arabischen Führer tun nichts, um den Lebensstandard ihrer Völker zu heben. Sie kämpfen gegen etwas und nicht für etwas, gegen eine fremde Macht und nicht mit derselben Leidenschaft für ihre Völker. Das ist die Tragödie der arabischen Länder und sie führt dazu, dass dieser Teil der Welt eine ideale Bühne für die Machtpolitik der Grossmächte ist. Dazu kommt noch der Reichtum an Öl und die strategische Lage zwischen den zwei Machtblöcken.

Die Tragödie des jüdischen Volkes, das jetzt seine alte Heimat wieder aufbaut, hat auch etwas Gutes. Wir haben nicht nur gelitten, sondern wir haben von denen, unter denen wir gelitten haben, auch gelernt. Wir haben eine Leidenschaft für die Arbeit, für die Entwicklung, für den Aufbau. Wir, die wir als unfähig oder unwillig für schwere Arbeit bezeichnet wurden, haben als Antwort auf diese Herausforderung die Handarbeit zu unserer Religion gemacht. Der Beitrag des jüdischen Volkes war die Kraft, mit der wir uns mit der Wüste auseinandergesetzt haben. Darin liegt die Lösung für die Probleme des ganzen Gebietes.

Israel ist ein Vorbild für den Nahen Osten geworden. Wir haben eine Demokratie und starke Grundlagen einer sozialen Ordnung. Wir haben eine starke, freie Arbeiterbewegung, wir haben die Wüste und die Sümpfe urbar gemacht. Was steht dagegen, dass wir unsere Erfahrung und unsere Kenntnisse unseren Nachbarn vermitteln? Nichts als der Hass der arabischen Führer gegen uns. Wir hassen sie nicht und ich glaube, die arabischen Massen hassen auch uns nicht. Aber solange es einen Unterschied zwischen Israel und den arabischen Staaten gibt, wird er auf Kosten von uns ausgenützt.

Die Rednerin schilderte dann die schwierige Lage Ägyptens, sie wies auf die Waffenlieferung der Sowjetunion nach dem Nahen Osten hin und sagte dann: Wenn die westlichen Länder in Teilen des Nahen Ostens die Vorherrschaft erreichen, wird dann ihr Einfluss konstruktiver sein oder würde dies nur bedeuten, dass nun an andere arabische Führer weiter Waffen geliefert werden? Wird der westliche Einfluss im Nahen Osten zu einer Verbesserung des Lebensstandards der dortigen Völker führen?

Wenn der Westen im Nahen Osten mit dem Kommunisten konkurrieren will, ist er von vornherein im Nachteil. Es genügt, wenn ein Kommunist in irgendein Land kommt, in welchem das Volk in Not und Elend lebt und den Menschen sagt, dass irgendeine imperialistische Macht die Schuld an

9. Juli 1957

dieser Not trägt. Damit haben die Kommunisten bereits das Herz, allerdings nicht den Geist, dieser Leute gewonnen.

Abschliessend appellierte die Rednerin an die beim Kongress vertretenen Parteien, nach Möglichkeit in ihren Staaten und im Rahmen der Vereinten Nationen beizutragen, damit es zu einem Frieden zwischen Israel und den arabischen Staaten komme. Es ist höchste Zeit, dass die Vereinten Nationen ihre Macht und ihren Einfluss hierzu aufbieten. Die Freiheit des Meeres muss auch für israelische Schiffe garantiert werden. Es kann keinen Frieden in einem Teil der Welt geben, wenn eine dauernde Kriegsdrohung in einem anderen Teil der Welt besteht. Der Nahe Osten ist heute ein Pulverfass für die ganze Welt. Wir wünschen, dass auch in diesem Teil der Welt wieder der Frieden einkehre. Und es gibt wohl keine andere Gruppe von Menschen und keine andere Organisation, die es mit ihrem Wunsche, den Frieden im Nahen Osten zu verwirklichen, so ehrlich meint wie die Sozialistische Internationale.

\* \* \*

Radio Frankfurt:Glaubwürdigkeit stark erschüttert

"Bei der CDU fürchtet man angeblich, dass die ausdrückliche Beschränkung der Kompetenz des Bundes bei der Atomenergie für friedliche Zwecke später Schwierigkeiten machen könnte, falls eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr nötig werden sollte. Da diese Begründung jede Überzeugungskraft vermissen lässt, ist eigentlich nur zu vermuten, dass man Wert darauf legte, sich auf diese Weise eben doch den Weg auch zu einer späteren Erzeugung von Atomenergie eben zu nicht friedlichen Zwecken offenzuhalten trotz des Verzichts in den Pariser Verträgen. Die Bundesregierung hat ihre Glaubwürdigkeit in diesem sehr entscheidenden Punkt selbst zumindest stark erschüttert. Was sich daraus besonders für das deutsch-sowjetische Verhältnis und mittelbar damit für die Chancen der Wiedervereinigung alles ergeben kann, ist heute noch unabsehbar, aber ein verhängnisvoller Ausklang der Gesetzgebungsperiode dieses Bundestages hätte sich kaum denken lassen."

\* \* \*

Von Brentano und die Rückgratlosen

Sp. Dem Ausserminister unseres Kalten-Kriegs-Kanzlers ist die Tatsache unbequem, dass es in der Sowjetzone wohl noch eine CDU gibt, aber keine SPD. In der Tat: die Kanzler-Partei hat wenig Veranlassung, stolz zu sein auf den Naxosvetter drüben, der bei jeder sich bietenden Gelegenheit seine Servilität gegenüber der führenden Staatspartei, der SED, bekundet und Ulbricht die Hasen in die kommunistische Küche treibt.

Um die Fakten wenigstens auf dem Propagandapapier der West-CDU aus der Welt zu schaffen, bediente sich jetzt Herr von Brentano eines überraschend einfältigen Tricks: auf dem ausserordentlichen Parteitag der hessischen CDU in Fulda erklärte er, die SPD habe drüben gar nicht erst verboten werden müssen, weil sie schon vorher rechtzeitig kapituliert hätte. Wo war Herr Brentano, als 1945 und 1946 die Sozialdemokratie in der Zone zerschlagen und viele Sozialdemokraten gegen ihren entschiedenen Willen in die Zwangsvereinigung mit der SED gepresst wurden? Was weiss er von den Tausenden verhafteten, ermordeten und geflüchteten Sozialdemokraten, die sich gegen die kommunistische Diktatur stellten und heute noch stellen?

Wir wollen Herrn von Brentano nur diese Tatsachen ins Gedächtnis zurückrufen: die Sozialdemokratie hat sich 1945 in allen Teilen Deutschlands entschieden gegen ein Zusammengehen mit den Kommunisten gestellt. Der kommunistische Terror hat später in der Zone die äussere Organisation der SPD zerschlagen. Von "Kapitulation" kann nur ein politisch vollends Kenntnisloser - oder ein Böswilliger reden. Ein Beispiel? Von vier Bezirkssekretären der SPD in Rostock wurden zwei von den Sowjets zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, einer erschossen, der vierte konnte flüchten. Die SPD ging "freiwillig" mit der KPD? Einzig und allein in dem noch ungeteilten Berlin gab es am 31. März 1946 eine Urabstimmung der SPD-Mitglieder. Das Ergebnis: von 25 000 stimmten 20 300 gegen die Zwangsvereinigung mit der SED. In der Zone wäre das Ergebnis noch ganz anders ausgefallen, wenn die Urabstimmung nicht verboten worden wäre. Natürlich gab es Verräter wie Grotewohl. Niemand leugnet das. Aber der übergrossen Mehrheit der Sozialdemokraten drüben "freiwillige Kapitulation" vorzuwerfen ist schlechthin dumm und perfid.

Wenn es in der Zone einen entschiedenen Kampf gegen die Kommunisten gibt, dann wird er in erster Linie von den unterdrückten Sozialdemo-

9. Juli 1957

kraten getragen. In diesem Zusammenhang darf man vielleicht daran erinnern, dass sich 1947, zu einem Zeitpunkt also, da sich die SPD drüben längst in der Illegalität befand und von den Kommunisten als der "Erzfeind Sozialdemokratismus" bekämpft wurde, prominente Mitglieder der heutigen Bundesregierung noch als geduldete Spitzenfunktionäre der Ost-CDU in Ost-Berlin betätigen. Später flüchteten sie, Was zurückblieb, das war ein Wasserkopf rückgratloser CDU-Funktionäre, die bis zum heutigen Tage unter dem Firmenzeichen einer christlich-demokratischen Partei ihre Statistenrolle in Pankow spielen.

\* \* \*

### Selbständig Schaffende fordern Wende in der Politik

Bo. Die selbständig Schaffenden, die von den gesellschaftlichen Katastrophen in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts besonders mitgenommen worden sind, sind an einer friedlichen Entwicklung interessiert und treten für eine Wende in der deutschen Politik ein. Mit diesen Worten beginnt die Entschliessung, die am 6. Juli 1957 in Bonn von den Vertretern der nach vielen Zehntausenden zählenden selbständig Arbeitenden gefasst wurde, die in der Sozialdemokratischen Partei organisiert sind. Aus dem ganzen Bundesgebiet und aus West-Berlin waren Sozialdemokraten zusammengekommen, die alle in Fachverbänden des Handwerks, Handels, Gewerbes und der Freien Berufe führend tätig sind, um noch einmal vor der Bundestagswahl ihre Berufskollegen aufzurufen, sich diesmal ihre Entscheidung gut zu überlegen.

Sie nahmen auch zur Wiedervereinigung Stellung und betonten, in der jetzigen sowjetischen Besatzungszone müssten neben der Arbeiterschaft und den Bauern auch die kleinen und mittleren Selbständigen des Handwerks, des Handels, des übrigen Gewerbes und die freiberuflich Tätigen wieder zu selbstverantwortlichen Kräften in Gesellschaft und Wirtschaft werden. In der Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik muss die Wende darin bestehen, dass sich die kommende Bundesregierung frei macht von dem Einfluss der Grosswirtschaft, in deren Interesse bisher die Wirtschaftspolitik einseitig geführt wurde. Ziel der Wirtschaftspolitik muss neben der dauernden Sicherung der Vollbeschäftigung die Erhaltung der Stabilität des gesamten Preisgefüges sein. Eine ständig steigende Massenkaufrkraft und die Preisstabilität bilden die Existenzgrundlage für die Absatzwirtschaft, das Handwerk und alle übrigen selbständig Schaffenden. Die

9. Juli 1957

Steuerpolitik muss so geführt werden, dass auch die kleinen und mittleren Betriebe das erforderliche Eigenkapital bilden können. Der Kapitalmarkt muss in Ordnung gebracht und der Zugang zum Kapitalmarkt muss den kleinen und mittleren Betrieben geöffnet werden. Der Bund muss ein Gewerbeförderungsinstitut errichten, das die Aufgabe hat, den kleinen und mittleren Selbständigen die Forschung abzunehmen, die nur grossbetrieblich organisierte Unternehmen durchführen können. Schliesslich wird gefordert, dass eine Alterssicherung für alle Selbständigen so bald wie möglich verwirklicht werden müsse.

Alle Betriebsinhaber aus dem Handwerk, dem Handel und Gewerbe und alle freiberuflich Tätigen haben in den letzten Jahren in der Praxis erfahren müssen, dass die Regierung Adenauer nicht dazu bereit ist, die Interessen der selbständig Schaffenden wahrzunehmen. Unter einer neuen Regierung Adenauer müsse sich die Situation für die Mittelschichten weiter erheblich verschlechtern. Die Sozialdemokratie wird die soziale Frage der Mittelschichten lösen, wenn sie <sup>die</sup> politische Macht dazu hat.

\* \* \*

Wir lesen in der "Stuttgarter Zeitung":

Hitzig, allzu hitzig

Wahlkampf ist Wahlkampf, und Hitze ist Hitze, und während einer Hitzewelle muss ein Wahlkampf noch hitziger verlaufen, als wenn er im Januar stattfände. Das alles vorausgeschickt, können wir doch kein Verständnis für die Worte aufbringen, mit denen der Bundeskanzler in Nürnberg seine sozialdemokratischen Gegner zugrunde zu richten versucht hat. "Wir glauben, dass mit einem Sieg dieser Partei der Untergang Deutschlands verknüpft ist." Das ist ein Satz, der besser nicht gesprochen worden wäre; denn er stempelt den politischen Gegner zum Feind der Nation, zum Staatsfeind. Es ist ein Satz, der auf fatale Weise an das politische Schimpfwort von den "vaterlandslosen Gesellen" erinnert, jenes Wort, das jahrzehntelang nachgewirkt und zu der unheilvollen Entwicklung der Weimarer Republik beigetragen hat. Vielleicht wird Dr. Adenauer, ähnlich wie nach seiner in gleiche Richtung zielnden Bamberger Rede, nachträglich erklären, er habe das weder so gesagt noch so gemeint. Selbst wenn der Wähler aber geneigt sein sollte, in diesem jüngsten Satz nur eine Ausgeburt der Hitzewelle zu sehen, so müsste er sich fragen, was alles im Laufe der nächsten neun Wochen noch geboten werden wird - zumal da die Wetterpropheten von wochenlangender Hitze sprechen.

\* \* \*



Der alte Trick

U.D. Wenige Tage vor der Bundestagswahl vom 6. September 1953 erinnerte sich der Bundeskanzler Adenauer daran, dass auch die über hunderttausend Studenten in der Bundesrepublik Wähler sind. Flugs empfing er den Vorstand des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS), um, wie es später verlautete, "sich über die Wünsche und Anliegen der Studentenschaft zu unterrichten". Zwar gab es innerhalb des VDS-Vorstandes ob dieses Wahlmanövers einige Skrupel, der damalige 2. Verbandsvorsitzende ging aus Protest nicht mit ins Palais Schaumburg, aber es siegte die Auffassung, man müsse jede Gelegenheit wahrnehmen und froh sein, überhaupt einmal vom Regierungschef empfangen zu werden. Einige Optimisten glaubten, dass auch die Studenten forthin wie andere, mächtigere Interessengruppen gelegentlich das Ohr des Bundeskanzlers haben würden.

Das aber war ein Irrtum. Vier Jahre lang - die Dauer einer Wahlperiode - empfing der Bundeskanzler nicht den Vorstand des VDS. Auch nicht, als es im Frühjahr dieses Jahres um elementare Fragen der Studentenschaft ging, nämlich um die Bewilligung von Stipendien. Jetzt aber steht wieder eine Bundestagswahl vor der Tür. Prompt hat der Bundeskanzler vor einigen Tagen wieder den Vorstand des VDS empfangen. Wer sich noch erinnert, wie vor einigen Monaten die Partei des Bundeskanzlers die vom VDS geforderten 120 Millionen DM für Stipendien auf ein ganzes Viertel zusammenschrieb und wie der Bundesinnenminister gegen ein "Staatsstudententum" wettete, liest jetzt zu seinem Erstaunen, "Dr. Adenauer stimmte einer Ausweitung des Studienförderungsprogramms im Prinzip zu". Man könnte geneigt sein, hierin ein erfreuliches und zukunftsweisendes Zeichen zu sehen. Man könnte vermuten, der Vorsitzende der CDU würde sich dafür stark machen, die Stipendien bei den nächstjährigen Haushaltsberatungen erheblich zu vermehren.

Aber wer wird das schon noch glauben? Wenn Wahlpropaganda so primitiv ist! Sicher ist nur eins: Im Sommer 1961, kurz vor der Wahl zum 4. Bundestag, wird der VDS wieder Gelegenheit haben, seine Probleme dem Vorsitzenden der CDU vorzutragen. Es sei denn, dieser residiert dann in der Parteigeschäftsstelle der CDU und nicht mehr im Bundeskanzleramt. Vielleicht ist das der einzige Weg, Dr. Adenauer zu zeigen, dass man sich der Wähler nicht immer nur am Tag vor der Wahl erinnern soll.

\* \* \*

-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel